

## Beschluss

des Landesparteitages am 22.11.2008 in Bremen

### Antrag 04

**Antragsteller:** Landesfachausschuss Bildung, Jugend, Wissenschaft und Kultur, Dr. Hauke Hiltz, Dr. Johann Czernik, Volker Graaf, Mark Ella, Dr. Magnus Buhlert

**Angenommen:** einstimmig **Ja:** \_\_\_\_\_

**Abgelehnt:** \_\_\_\_\_ **Nein:** \_\_\_\_\_

**Verwiesen an:** \_\_\_\_\_ **Enthaltung:** \_\_\_\_\_

---

### **Initiative für mehr Forschungsfreiheit im Land Bremen**

#### **Forschung braucht mehr Freiheit!**

Ein positives Forschungs- und Innovationsklima ist eine der grundlegenden Voraussetzungen, um Verantwortung für die globalen Herausforderungen wie Klimaschutz, Welternährung und Energieknappheit tragen zu können. Dafür müssen bestehende Hemmnisse in der Forschungs- und Innovationspolitik beseitigt werden. Nur so können neue Ideen, Produkte und Verfahren besser als bisher entstehen und vermarktet werden. Diese Forschungsfreiheit fördert die Neugier, die Forschung, die Entwicklung neuer Technologien und innovatives Unternehmertum. Dadurch wird Vertrauen in die Leistungen unserer Forscherinnen und Forscher geschaffen. Wissenschaft und Forschung tragen aber durch diese Freiheit auch die Verantwortung, die gesellschaftlichen Auswirkungen von neuen Forschungsergebnissen und Technologien sowie deren Folgerisiken abzuschätzen.

Forschung und Innovation sind in einer Wissensgesellschaft die entscheidenden Grundlagen für eine wachsende Volkswirtschaft und damit die Voraussetzung für Freiheit, Wohlstand, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und den sozialen Frieden. Im Zeitalter der ständig zunehmenden Internationalisierung der Wissensgesellschaft steht Bremen nicht nur mit anderen Bundesländern, sondern mit Standorten weltweit in einem globalen Wettbewerb um die besten Köpfe, die immer flexibler sind, und den attraktivsten Rahmenbedingungen folgen.

Die bremischen Hochschulen und Universitäten müssen dauerhaft zu selbständigen Körperschaften des öffentlichen Rechts werden, die wie Kommunen eigenständig und eigenverantwortlich ihre Sach-, Personal- und Finanzangelegenheiten regeln. Die Fachaufsicht und die Detailsteuerung durch die Senatorin für Bildung und Wissenschaft hindern die Hochschulen und Universitäten, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Die Hochschulen und Universitäten müssen so weit selbständig sein, dass sie ihre Forschungs- und Lehrschwerpunkte selber bestimmen können und nicht auf politische Vorgaben reagieren müssen, die nur kurzfristige Ziele verfolgen.

Den staatlichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie etwa das Max-Planck-Institut, das Alfred-Wegener-Institut oder die Fraunhofer-Institut müssen von hemmenden Rahmenbedingungen befreit werden. Ihnen soll zudem durch den Abbau bürokratischer und rechtlicher Hürden ermöglicht werden, eigenverantwortlich über Kooperationen mit Hochschulen, anderen Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft zu entscheiden, sowohl landes- und bundesweit, als auch grenzüberschreitend in Europa. Nur so kann eine engere Verzahnung von Hochschulen, außeruniversitärer Forschung und den forschenden Unternehmen erreicht werden. Dies gilt insbesondere für die gemeinsame Nutzung von Forschungsinfrastruktur. Dabei sollen entsprechend der Empfehlung des Wissenschaftsrats gemeinsame Berufungen an Forschungseinrichtungen und Hochschulen verstärkt genutzt werden, ohne das ausschließliche Recht der Hochschulen zur Verleihung von akademischen Graden in Frage zu stellen.

Um der Forschung ihre freie Entfaltung zu ermöglichen, müssen bürokratische Barrieren im Vorfeld verhindert, vorhandene abgebaut und ideologisch begründete Überregulierungen abgeschafft werden. Dies betrifft die landesweite und kommunale Gesetzgebung, die sich unmittelbar mit der Forschung, den Forschungsinhalten und den Forschungsinstitutionen befasst, ebenso wie indirekte Einschränkungen der Forschungsfreiheit, wie Regelungen im Bau- und Ordnungsrecht oder auch im Dienst- und Arbeitsrecht. Gerade auch die industrielle Forschung und die Forschung kleinerer und mittelständischer Unternehmen müssen von einengender staatlicher Bürokratie befreit werden.

## **Die FDP im Land Bremen fordert endlich eine Initiative für mehr Forschungsfreiheit in unserem Bundesland!**

### **I. Beste Forschung braucht die besten Köpfe.**

Die Mobilität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist in den letzten Jahren immer größer geworden. Wir brauchen einen weltweiten Austausch nicht nur der Ideen, sondern auch der forschenden Köpfe. Das Land Bremen muss dabei so attraktiv werden, dass der weiter zunehmende nationale und internationaler Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Ergebnis zu einem Zuwachs an besten Köpfen führt.

Der internationale Wettbewerb um die besten Köpfe erfordert ein flexibleres, leistungsfähigeres Vergütungssystem in einem attraktiven und international konkurrenzfähigen Dienst- und Arbeitsrecht, eine Infrastruktur, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht, eine Änderung des Zuwanderungs- und Aufenthaltsrechts, den Aufbau eines leistungsfördernden Stipendiensystems sowie eine verbesserte Qualität der Lehre.

Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen über die Vergütung ihrer Forscherinnen und Forscher eigenverantwortlicher innerhalb ihrer Budgets bestimmen können: Bürokratische Hemmnisse wie die starre Anwendung des Besserstellungsverbots. Das Verbot von Zulagen oder besonderen Vergünstigungen, staatlich Genehmigungsvorbehalte und die Festlegung von willkürlichen Höchstgrenzen dürfen dem nicht entgegenstehen. Wir brauchen in der Wissenschaft und der Forschung ein leistungsorientiertes Vergütungssystem, welches international wettbewerbsfähig ist. Berufungsverfahren müssen darüber hinaus wesentlich schneller als bisher durchgeführt werden können. Der Wechsel von der Privatwirtschaft in die öffentlichen For-

schungseinrichtungen muss auch angesichts der Vergütungseinstufung erleichtert werden. Weder die C- noch die W-Besoldung sind in der Lage, dieses zu leisten. Bürokratische Hemmnisse müssen entfallen. Hierzu zählt beispielsweise die Deckelung der insgesamt für Leistungsbezüge in der Professorenbesoldung zur Verfügung stehenden Mittel, der sogenannte Vergaberahmen. Ein eigener Wissenschaftstarifvertrag für die Angestellten in den staatlichen Wissenschaftseinrichtungen und Hochschulen ist die Voraussetzung dafür, dass auf die Besonderheiten des Wissenschaftsbetriebs hinreichend eingegangen werden kann.

Der Beamtenstatus von Professorinnen und Professoren ist in einem modernen Berufsbeamtentum, welches auf seine Kernaufgaben im Rahmen der Erfüllung hoheitlicher Funktionen konzentriert wird, nicht mehr zeitgemäß und behindert insbesondere den wechselseitigen Personalaustausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Die bereits schon jetzt zulässige Beschäftigung im Angestelltenverhältnis ist demgegenüber oft nicht hinreichend attraktiv.. Wir benötigen daher ein gegenüber dem Beamtenstatus wettbewerbsfähiges Angestelltenrecht für Professoren, das die Aufgabenerfüllung von Professorinnen und Professoren in größtmöglicher Unabhängigkeit ermöglicht.

Die Alterssicherungssysteme müssen finanziell attraktiver und deutlich flexibler werden, beispielsweise durch die Mitnahmefähigkeit oder Auszahlungsmöglichkeit von Pensionsansprüchen oder durch die Einrichtung personengebundener Leistungen aus Pensionsfonds. Die Berechnung der Versorgung muss der Internationalität der Wissenschaft hinreichend Rechnung tragen und die Anrechnung von Dienstzeiten zumindest aus dem europäischen Ausland ermöglichen.

Starre Altersgrenzen für Forscherinnen und Forscher sind forschungsfeindlich. Die Forschungseinrichtungen sollen die Möglichkeit bekommen, eine Weiterbeschäftigung im Alter flexibel zu ermöglichen. Wenn die Zustimmung der jeweiligen Hochschule oder Forschungseinrichtung für eine weitere Forschertätigkeit vorliegt, sollen – bei Wahrung der akademischen Rechte- jegliche Altersgrenzen entfallen können. Es gilt damit auch die Gefahr abzuwenden, dass Spitzenwissenschaftlerinnen und –wissenschaftler in Ausland abwandern. Dabei sollte allerdings unbedingt auf eine gute Nachwuchsförderung geachtet werden, um zukünftige Spitzenforscher im Land Bremen zu halten.

Das Land Bremen muss viel stärker daran arbeiten, Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Wissenschaft gezielt zu fördern. Bei den Hochschulen verengt sich der Anteil der Frauen von einem nahezu erreichten Gleichstand zwischen den Geschlechtern bei den Studienanfängerinnen und –anfängern über einen Frauenanteil von 39,6 % an den Promotionen und 23,0 % bei den Habilitationen hin zu einem Frauenanteil von 14,2 % an den Professuren und zu nur 10 % an den hochdotierten C4/W3-Professuren. In den außeruniversitären Forschungseinrichtungen sinkt der Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal mit steigendem Qualifikationsniveau ebenfalls. Bremen und Deutschland liegen mit diesem viel zu geringen Anteil an Frauen in der Wissenschaft im internationalen Vergleich deutlich zurück. Die FDP begrüßt, dass die DFG und die Exzellenzinitiative in ihren Förderkriterien die Förderung der Wissenschaftlerinnen besonders hervorgehoben hat. Darüber hinaus bedarf es aber trotz vieler Erfolge weiterhin einer großen gesellschaftlichen Anstrengung mit dem Ziel, gleiche Bedingungen für Männer und Frauen in der Wissenschaft zu schaffen. Hierbei kommt es besonders darauf an, familienfreundliche Arbeitsbe-

dingungen an den Hochschulen und Universitäten zu schaffen. Besonders Frauen mit Kinderwunsch und junge Mütter müssen Rahmenbedingungen vorfinden, die es ihnen erleichtern, sich für beides, die wissenschaftliche Karriere und die Familie, zu entscheiden. Hierzu müssen insbesondere die Hochschulen und Forschungseinrichtungen ermutigt werden, vor Ort Lösungen anzubieten. Die Zertifizierung „Familienfreundliche Hochschule“ muss viel stärker vom Land unterstützt werden. Die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Karriere muss beispielsweise durch bessere Kinderbereuungsangebote vor Ort und die Schaffung weiterer Ganztagschulen ermöglicht werden.

## **II. Beste Forschung braucht beste Lehre**

Angesichts steigender Studierendenzahlen ist es das Ziel der FDP, dass jedem Studieninteressenten ein hochwertiger Studienplatz an einer staatlichen oder privaten Hochschule bereitgestellt werden kann. Mit Blick auf den OECD-Vergleich muss die Akademikerinnen- und Akademikerquote im gesamten Bundesgebiet, also auch im Land Bremen, erhöht werden. Die in den nächsten Jahren erwarteten steigenden Studierendenzahlen sollten daher nicht als Belastung, sondern als Chance begriffen werden. Das Land Bremen braucht mehr Absolventen, insbesondere in den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Eine bessere Zusammenarbeit der Schulen und Hochschulen ist ebenfalls wünschenswert, um schon früh das Interesse der Schülerinnen und Schüler an der akademischen Ausbildung zu erwecken.

Kein Talent darf verloren gehen. Der Anteil der Studierenden, die ein Stipendium erhalten, sollte daher durch ein Stipendiensystem von jetzt 2 % mittelfristig auf mindestens 10 % erhöht werden. Es sollte unbürokratisch, unabhängig vom Verdienst der Eltern und allein nach dem Kriterium der fachlichen Begabung vergeben werden. Das Land Bremen könnte durch ein Anreizsystem die Einwerbung privater Mittel zur Errichtung von Stipendien durch die Hochschule unterstützen. Damit könnten die Hochschulen mit ihren Partnern vor Ort die für sie besten Lösungen zur Unterstützung begabter Studierender umsetzen.

Die Qualität der Lehre und die Studienbedingungen insgesamt müssen daher durchgreifend verbessert werden. Dabei sollten die vorgeschriebenen Akkreditierungen für Bachelor- und Masterstudiengänge gezielt dazu genutzt werden, ein Qualitätssicherungssystem der bremischen Universitäts- und Hochschulstudiengänge zu schaffen, dass diesen Namen auch verdient und nicht nur unproduktive Bürokratie schafft. Im Hochschulgesamtplan 6 (HGP6) müssen die Sparmaßnahmen aus den HGP5 zurückgenommen werden. Qualität braucht Investitionen!

Die Hochschulen müssen stärker bei der Einführung von aufbauenden Masterstudiengängen unterstützt werden. Durch Masterstudiengänge erhalten die Hochschulen deutlicher als zuvor mit dem Diplomstudiengang einen Forschungsauftrag. Deshalb sollten sie mit den gleichen Forschungsmitteln, wie die Universitäten, ausgestattet werden. Stattdessen werden sie zunehmend mit den Aufgaben allein gelassen.

Im Rahmen von mehr Eigenständigkeit sollte den Hochschulen und Universitäten auch die Möglichkeit gegeben werden, Studiengebühren zu erheben. Dabei sollte das Land eine Obergrenze festlegen. Die Beiträge sollen den Hochschulen als zusätzliche Mittel zufließen, die nicht kapazitätserhöhend wirken, wie bereits die Mittel aus den Studiengebühren von Langzeitstudierenden. Sie sollten von den Gremien der Hochschulen ausschließlich für die Verbesserung der Lehre und der Studienbe-

dingungen eingesetzt werden dürfen. Die Einführung muss mit der Erhöhung der Anzahl an Stipendien sowie der Schaffung einer nachgelagerten Finanzierungsmöglichkeit einhergehen.

### **III. Beste Forschung braucht Entideologisierung der Forschungspolitik**

Die Biotechnologie ist eine der wichtigen Technologien für die Bereiche Gesundheit, Pharmazie, Energie, Umwelt- und Klimaschutz, aber auch für die chemische Industrie. Ziel ist es, die Leistung und die Qualität nachwachsender Rohstoffe zu erhöhen und fossile Ressourcen zu ersetzen. Dies erschließt gerade für die Industrie neue Chancen in einer ressourcenärmer werdenden Welt. Biotechnologische Forschung und die biotechnologischen Anwendungen bergen ein großes Potential. Die FDP setzt auf die Chancen, die die Biotechnologie bietet. Die ethische Verantwortung muss sachlich und wertorientiert durch Wissenschaft, Gesellschaft und Politik bewertet und getragen werden.

Die Energieforschung ist angesichts des fortschreitenden Klimawandels weltweit eine der zentralen Zukunftsthemen. Keine Energieform ist frei von Problemen und Risiken. Das Problem des wachsenden Energiebedarfs ist bisher nicht gelöst. Liberale setzen daher auf fortschrittliche Technologien in einem bezahlbaren, möglichst breitem Energiemix, der zum einen Versorgungssicherheit gewährleistet und zum anderen zugleich die Klimaschutzziele erreicht. Im Land Bremen ist hier vor allem das Fraunhoferinstitut für Windenergie zu nennen. Der Wettbewerb um die Entwicklung der besten Technologien wird die besten Lösungen hervorbringen. Keine Energieart darf dabei aus ideologischen Gründen benachteiligt werden. Hier muss Bremen seinen Beitrag mit den vorhandenen Forschungsinstitutionen schaffen.

Als wichtiges Zukunftsthema darf die Forschung für mehr Energieeffizienz nicht der Energieforschung nachgestellt werden. Neue Technologien und Materialien, die in Zukunft Energie effizienter einsetzbar machen und Ressourcen schonen, sind nicht nur zur Erfüllung der Klimaschutzziele und zum Erhalt unseres Planeten essentiell, sondern bergen auch ein enormes wirtschaftliches Potential durch die weltweite Nachfrage nach solchen Technologien. Das Land Bremen mit dem Fraunhofer Institut für Fertigungstechnik und angewandte Materialforschung, der Stiftung Institut für Werkstofftechnik, dem Bremer Institut für angewandte Strahltechnik, dem Faserinstitut Bremen und dem Bremer Institut für Betriebstechnik und angewandte Arbeitswissenschaft weist gerade in diesem Forschungsfeld eine hervorragende Infrastruktur auf, die es zu nutzen gilt.

Tierversuche sollten weitestgehend vermieden werden. In einem ethisch vertretbaren Rahmen sind Tierversuche leider wissenschaftlich notwendig. Für die Genehmigung und Überwachung von Tierversuchen sollte allein die Ethikkommission verantwortlich sein. Die Abwägung von wissenschaftlichem und gemeinnützigem Fortschritt gegen Wahrung der Schöpfung kann durch eine professionelle Kommission am besten beurteilt werden. Ethisch vertretbare Versuche, wie die Versuche mit Affen an der Universität Bremen, die wertvolle Kenntnisse über die Funktionsweise des Gehirns liefern, sollten von der Politik nicht aus ideologischen Gründen grundsätzlich abgelehnt werden, insbesondere, wenn sie neben grundlegenden Erkenntnissen vielversprechende Anwendungen liefern.

### **IV. Beste Forschung braucht Verantwortung und Aufklärung**

Viele Bürgerinnen und Bürger begegnen Forschung häufig mit Skepsis und Angst vor

Veränderung. Deutschland braucht eine ganzheitliche Informationsoffensive, um ein innovationsfreundliches Klima zu schaffen. Ganzheitlich heißt, dass neben sachlicher Darstellung die gesamtwirtschaftliche Bedeutung von Forschung und Arbeitsplätze und Wohlstand konkret dargelegt wird. Zugleich müssen soziale und ethische Argumente für die Forschung stärker betont werden. Das Land Bremen als Zwei-Städte-Staat muss hierfür durch die Nähe von Politik, Wissenschaft und Bürgern eine Vorreiterrolle, die es durch das Universum, das Auswandererhaus, das Klimahaus, das Haus der Wissenschaft und die Kinderuni bereits hat, noch intensiver wahrnehmen. Insbesondere sind hier Aktivitäten für Kinder und Jugendliche zu unterstützen. Diese Aktivitäten wirken sich maßgebend auf den zukünftige innovationsfreundliche Klima aus. Dies Kinder und Jugendlichen beziehen ihre Eltern und Großeltern über Fragen und Diskussionen mit ein.

Auch die Forschung hat die Aufgabe, sich dieser Verantwortung zu stellen. Durch freiwillige Selbstverpflichtung muss die Forschung Verantwortung für eigenes Handeln und für die erzielten Forschungsergebnisse übernehmen. Das schafft Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürger. Sowohl Anwendung als auch Zielsetzung müssen dieser Ethik verantwortbar sein.

#### **V. Beste Forschung braucht beste Förderung**

Beste Forschung braucht eine gezielte öffentliche Förderung. Deutschland hat sich im Lissabon-Prozess verpflichtet, bis zum Jahr 2010 mindestens 3 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren. Dazu muss auch das Land Bremen mehr Anstrengungen unternehmen, um das 3 %-Ziel so früh wie möglich zu erreichen.

Bremen ist aufgefordert, gemeinsam mit der Wissenschaft, neue inhaltliche Eckpunkte für eine regionale Fortschreibung des Pakts für Forschung und Innovation des Bundes und der Länder nach 2010 festzusetzen. Endlich muss vom Senat erkannt werden. Dass Investitionen in Forschung und Bildung Investitionen in die zukünftige wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und damit für zukünftigen Wohlstand sind. Es kann nicht sein, dass ausgerechnet bei dem Budget der Hochschulen der Rotstift angesetzt wird, wie durch die Sparmaßnahmen im HGP5. Durch ein Festhalten an diesen Sparmaßnahmen gefährdet der Senat mittlerweile eine Drittmittelwerbung, weil die Infrastrukturen und Basisausstattungen zunehmend mangelhaft oder gar nicht vorhanden sind. Drittmittelprojekte des Landes müssen eine Vollkostenfinanzierung ähnlich wie bei der DFG gewährleisten, um die vorhandene Infrastruktur zu erhalten.

Beste Forschung braucht eine bessere steuerliche Förderung. Die FDP fordert, das Steuersystem drastisch zu vereinfachen und forschungsfreundlicher auszurichten. Die Investitionen der Wirtschaft in Forschung und Entwicklung liegen in Deutschland und im Land Bremen seit Jahren auf einem im internationalen Vergleich zu niedrigem Niveau. In den meisten Industrienationen wie USA, Kanada und Großbritannien, aber auch in den direkten Nachbarländern wie Österreich, Frankreich und den Niederlanden sind FuE-Projekte durch eine steuerliche Förderung ergänzt worden. Deutschland droht hier international zurückzufallen. Dass es auch anders geht, zeigt das seit 12 Jahren FDP-mitregierte Baden-Württemberg. Baden-Württemberg erreichte im Jahre 2005 bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) mit 13,7 Milliarden Euro und 4.2 Prozent des BIP europaweit den Spitzenwert und damit weltweit hinter Israel den zweiten Rang. Gerade die Innovationskraft der kleinen und mittelständischen Unternehmen könnte durch eine unbürokratische steuerliche Förderung

erheblich gesteigert werden. Die FDP sieht in einer steuerlichen Forschungsförderung einen geeigneten Weg zu einer weiteren Stärkung der FuE-Aktivitäten der Wirtschaft.

Beste Forschung braucht einen effektiven Schutz des Geistigen Eigentums. Geistiges Eigentum entwickelt sich mehr und mehr zu der „Leitwährung“ der heutigen Wissensgesellschaft. Von besonderer und stetig wachsender Bedeutung sind dabei das Urheberrecht und das Patentrecht. Der Schutz des Geistigen Eigentums ist hochkomplex. Gerade der Wissenschafts- und Forschungsbereich ist auf ein spezifisches Wissen angewiesen. Darunter zählen die Erarbeitung forschungsspezifischer Markt- und Konkurrenzanalysen und Patentstrategien sowie ein aktives Schutzrechtmanagement. Die INNOWI GmbH ist der falsche Weg. Eine in der bisherigen Form agierende Institution ist weder effizient, noch selbsttragend. Die Etablierung von Patent-Scouts in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen könnte hingegen erfolgreiche Forscherinnen und Forschern unterstützen.

## **VI. Beste Forschung braucht weniger Bürokratie**

Die FDP fordert daher die Überprüfung weiterer Rechtsbereiche auf deren forschungseinschränkende Wirkung:

Das Ordnungs- und Gewerberecht darf keine unnötigen Innovationshemmnisse enthalten und muss zugleich eine angemessene Risikovorsorge betreiben. Daher sollte eine umfassende Prüfung des gesamten Ordnungsrechtsrahmens vorgenommen werden. Beispiele sind Abstufungen der Zulassungsforderungen, Genehmigerleichterungen für FuE-Vorhaben unter angemessener Berücksichtigung des Risikowissens oder auch Beweislasterleichterungen. Im allgemeinen Gefahrenvermeidungsrecht sollten überflüssige und überzogene Regelungen entfallen.

Im Baurecht müssen Forschungsbelange beider Bauleitung stärker als bisher privilegierend berücksichtigt werden. Die baurechtlichen Genehmigungsverfahren sollten durchgreifend vereinfacht werden. Die staatliche Verwaltung der öffentlichen Wissenschaftsbauvorhaben und der Flächenmanagement Richtlinien an den Hochschulen ist zu entbürokratisieren und wissenschaftsfreundlich anzustellen.

Die Beantragung von Fördermitteln und die Abwicklung von Fördervorhaben müssen einfacher und transparenter sein. Die Bewilligung erfolgreicher Forschungsprojekte muss zeitnah erfolgen. Die Kontrolle der Ergebnisse ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Forschungsförderung. Sie müssen effizient ausgestattet sein und auf die Überprüfung des Erfolgs der Fördermaßnahmen ausgerichtet sein. Dabei muss bei der Gestaltung der Förderbedingungen auch und gerade auf die besonderen Bedürfnisse von kleinen und mittelständischen Unternehmen geachtet werden. Sie können so einen noch wesentlich größeren Beitrag zum Innovationsgeschehen in Deutschland leisten.

## **VII: Beste Forschung braucht eine effektive Mittelverwendung**

Die FDP fordert daher eine Flexibilisierung des Haushaltsrechts. Der Geltungsbereich der Haushaltsordnungen des Landes Bremen mit ihren forschungsfeindlichen Restriktionen und Auswüchsen sollten für die Forschungseinrichtungen und die Hochschulen abgeschafft werden.

Eine überjährige Mittelverwendung und flexible Finanzierung der außeruniversitären

staatlichen Forschungseinrichtungen über Globalhaushalte mit der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Haushaltsmittel sind Voraussetzung für eine effektive Mittelverwendung und für langfristige Planungshorizonte, die gerade in Hochtechnologiebereichen und für die wissenschaftliche Infrastruktur immer wichtiger werden.

Eine Erweiterung des Spielraums für Unternehmensbeteiligungen und Ausgründungen der öffentlichen Forschungseinrichtungen und der Hochschulen sind Voraussetzung dafür, dass ein besserer Übergang von der Grundlagenforschung zur angewandten Forschung und industriellen Entwicklung ermöglicht wird. Zuwendungen für Forschungsförderungen müssen daher unbürokratischer weitergeleitet werden können. Daneben brauchen wir engere Formen der Zusammenarbeit gerade auch mit dem Mittelstand.

**Die FDP setzt sich für eine nachhaltige Freiheit für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen ein. Das Land Bremen ist daher zu einer freiheitlichen Hochschulpolitik aufgerufen. Auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sollten die gleiche Freiheit erhalten. Der weltweite Wettbewerb wartet nicht auf den Langsamsten. Deutschland und insbesondere das Land Bremen haben das Potenzial, auch künftig weltweit an der Spitze von Forschung und Innovation zu stehen. Dazu brauchen wir eine klare politische Prioritätensetzung und den Mut zu mehr Freiheit!**